

Klima-, Nachhaltigkeits- und Verbrauchersozialpolitik

Rolf G. Heinze/Jürgen Schupp

Klimageld als Transformationshebel – Gestaltungspotenziale und Umsetzungsblockaden

1. Einführung: Klimawandel, Verbraucherpolitik und soziale Ungleichheiten

Der Beitrag adressiert verbraucherpolitische Aspekte der CO₂-Bepreisung und der damit verknüpften Verwendung der Einnahmen als Klimageld. Mit der Einführung eines solchen Klimageldes kann ein sowohl verbraucherpolitisch ohne Konsumverbote möglicher als auch als fair erachteter Transformationsschritt gegangen werden, der sozialpolitisch die bereits bestehenden Ungleichheiten der Einkommensverteilung tendenziell zu mindern in der Lage wäre.

In Deutschland sind im Klimaschutzgesetz die zentralen Ziele der nationalen Klimapolitik verankert. Mit gesetzlich verbindlichen Klimazielen soll Deutschland bis 2045 treibhausgasneutral sein. Auf dem Weg zu diesem Ziel ist gemäß Bundes-Klimaschutzgesetz bis 2030 eine Minderung der gesamten Treibhausgasemissionen Deutschlands um 65 % gegenüber 1990 vorgesehen. Als nationale Maßnahme zur Emissionsminderung erfolgt eine seit 2021 erhobene CO₂-Bepreisung für die Sektoren Wärme und Verkehr. Diese nationalen Maßnahmen zur Emissionsminderung werden durch die Pläne der Europäischen Union unterstützt, den europäischen Emissionshandel (ETS) deutlich auszuweiten. Derzeit besteht eine Einigung auf EU-Ebene über die Einführung eines ETS II für die Sektoren Gebäude und Verkehr, während es bislang in Europa nur einen Zertifikathandel für die Emissionen von Energieunternehmen, Binnenflügen und bestimmten Industriebetrieben (ETS I) gibt. Eine solche künftig sektorübergreifende und einheitliche Bepreisung von Treibhausgasemissionen wird aus wissenschaftlicher Sicht als wichtiges und *effektives Leitinstrument* zur Erreichung von Klimazielen erachtet (Edenhofer et al. 2019). In einer Meta-Studie wurde zudem die signifikante Wirksamkeit der CO₂-Bepreisung zur statistisch signifikanten Emissionsreduzierung (in Höhe von -4 % bis -15 %) belegt (Döbbeling-Hildebrandt et al. 2024). Gleichwohl führt Jens Beckert eine Reihe an Argumenten an, weshalb die klimapolitische Zielerreichung bislang hinter den ursprünglichen Erwartungen hinterherhinke: „das Instrument der Zertifikate war und ist ein stumpfes Schwert“ (Beckert 2023, 147). Ein zentraler Vorteil von CO₂-Preisen liegt unbestritten darin, „dass sie ohne komplexe Bürokratie, ohne zahlreiche De-

tailregelungen auf die dezentralen Entscheidungen von Haushalten und Firmen Einfluss nehmen“ (Diekmann 2024, 108) und Verbrauchern verlässliche Preissignale senden, die möglichst dazu führen sollen, Konsumententscheidungen anzupassen. Zugleich bleiben Marktprinzipien gewahrt, und auf unpopuläre strikte Konsumverbote kann verzichtet werden. Gleichwohl können die ambitionierten Transformationsziele nur aus einem klugen Zusammenspiel des marktwirtschaftlichen Instruments der CO₂-Bepreisung und ordnungsrechtlicher Verbote (bspw. von Verbrennermotoren, Neueinbau von Öl- und Gasheizungen) oder Investitionsanreize verknüpft mit einem Ausbau der Infrastruktur gelingen.

Ein im Juni 2024 gestarter Thinktank ‚Zukunft KlimaSozial‘ benennt vier Säulen, die als Gelingensbedingungen für eine sozial gerechte Transformation zur Klimaneutralität bezeichnet werden: „Die vier tragenden Säulen einer sozial gerechten Transformation sind der Ausbau der klimaschonenden öffentlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge, die gezielte Förderung des Umstiegs für untere und mittlere Einkommen, das Ordnungsrecht und die Rückerstattung der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung in Form eines Klimageldes.“ (Knopf et al. 2024, 28; Vogel 2023). Ohne eine Kompensation der Konsument:innen wirkt eine CO₂-Abgabe regressiv, so dass Haushalte mit geringerem Einkommen relativ höhere Abgaben entrichten als Haushalte mit hohen Einkommen. Bei absoluter Betrachtung gilt hingegen, dass Haushalte mit höheren Einkommen höhere CO₂-Preise zahlen, da die CO₂-Emissionen mit dem Einkommen deutlich ansteigen.

Verbraucher:innen haben auf dem Weg zur Erreichung der Klimaziele grundsätzlich drei Handlungsoptionen, auf steigende CO₂-Preise zu reagieren: den Preisanstieg schlicht zu akzeptieren, auf Ersatzstoffe umzusteigen oder ihren Verbrauch einzuschränken. Vor allem Haushalte mit geringer Einkommens- und Vermögensausstattung und unelastischem Verbrauch für Heizung und Verkehr haben in der Regel überhaupt keine andere Möglichkeit, als zu zahlen. Darüber hinaus ist ihr Beitrag an den ökologischen Zerstörungen weitaus niedriger als bei den wohlhabenden Bevölkerungsgruppen. So verursachen die reichsten 10 % der Haushalte aufgrund ihres Konsumverhaltens 26 % der Emissionslast, während die untere Hälfte nur für 29 % steht (Dörre 2022, 7; Chancel et al. 2023).

Zu diesem klimasozialpolitischen Teil gab es in letzter Zeit eine Vielzahl von Stimmen aus mehreren Disziplinen der Wissenschaft, der Zivilgesellschaft und den Medien, die an die Ampelkoalition plädieren, Klarheit über einen Zeitplan der im Koalitionsvertrag angekündigten Zahlung eines Klimageldes zu schaffen, um nicht die grundsätzliche Zustimmung in der Bevölkerung zu erforderlichen politischen Maßnahmen zum Klimaschutz zu gefährden. Dass allerdings eine technisch-organisatorische Umsetzung in Deutschland vier Jahre dauern wird –

im Gegensatz zu Österreich, wo die Auszahlung eines äquivalenten und lediglich regional differenzierten Pro-Kopf-Klimabonus nach nur neun Monaten erfolgte – ist bereits wenig ruhmreich und führt sicher nicht dazu, das Vertrauen in die Regierung sowie generell die Politik zu stärken. Das für die Umsetzung einer Auszahlung eines Klimageldes an alle Bürger:innen verantwortliche Bundesfinanzministerium hat mittlerweile angekündigt, dass mit Beginn des Jahres 2025 die technisch-organisatorischen Maßnahmen eines ‚möglichen Auszahlungskanals‘ vorliegen werden.

Die neuen finanziellen Belastungen sowohl für den Austausch von fossilen Heizsystemen als auch die Energiepreise haben nun aber nicht nur bei einkommensschwachen Gruppen, sondern auch in der Mittelschicht Ängste ausgelöst, in einen sozialen Abstiegssog zu geraten. Diese subjektiven Befürchtungen prägen das gesellschaftliche Stimmungsbild deshalb so intensiv, weil das deutsche Wohlstandsmodell das Narrativ *Verzicht* bislang nicht kennt, und wie Beckert (2024, 124) ausführt, Konsumverzicht von Verbrauchern wenig realistisch erscheint: „Schließlich könnte der Konsum durch Verbote eingeschränkt werden. Wie auch immer ausgestaltet, könnten ‚Konsumkontingente‘ vergeben werden, die den individuellen Konsum begrenzen würden. Ein solcher Vorschlag klingt bereits in der Theorie so abwegig, dass man sich um eine politische Umsetzung keine weiteren Gedanken machen muss.“

In Kombination mit der Wiederkehr kriegerischer Auseinandersetzungen und den Naturkatastrophen, die immer konkreter die Lebenswelten treffen, hat sich eine „Atmosphäre der Angst“ aufgebaut (Rosanvallon 2022, 157ff.). Eine Option, dieser sozialen Unsicherheit entgegenzuwirken, wären universelle Sicherungssysteme, die gerade in Umbruchzeiten sozialintegrierend wirken (Heinze/Schupp 2022). Unstrittig erscheint mittlerweile, dass eine steigende CO₂-Bepreisung nicht nur einer wirtschafts-, sondern vor allem auch einer sozialpolitischen Flankierung bedarf, wozu unterschiedliche Maßnahmen vorgeschlagen und öffentlich debattiert werden. Neben bedarfsorientierten Transferzahlungen wurden bereits vor zehn Jahren Koppelungen zwischen einem bedingungslosen Grundeinkommen, Öko-Abgaben sowie Modelle einer Postwachstumsgesellschaft diskutiert (Schachtschneider 2014).

Die 2021 national eingeführte CO₂-Bepreisung in Höhe von 25 Euro wurde schrittweise erhöht und stieg seit 2024 auf 45 Euro pro Tonne CO₂. Mit dieser Erhöhung hätte man eigentlich auch eine zeitnahe und wie im Koalitionsver-

trag angekündigte Auszahlung eines Klimageldes erwarten dürfen.¹ Neben einer verbindlichen Ankündigung zur Höhe eines Einstiegs ins Klimageld müssten dann für die Schaffung einer entsprechenden gesetzlichen Grundlage neben der Festlegung ihrer Finanzierung vor allem auch die inhaltlichen Fragen des Grades der Universalität der Leistung im Parlament bearbeitet und beschlossen werden. Noch völlig ungeklärt sind derzeit jedoch zentrale Fragen: ob Kinder den gleich hohen Betrag wie Erwachsene erhalten; ob eine regionale Differenzierung vorgesehen ist; ob und wie sich die Aufteilung eines Klimageldes zwischen Eigentümern und Mietern unterscheidet; sowie die Frage, ob ein Klimageld auf die Einkommenssteuer angerechnet wird oder nicht.²

Mit der Europawahl sowie dem starken Anstieg rechtspopulistischer Parteien wie der AfD im Juni 2024 sind die ohnehin vorhandenen institutionellen Erschöpfungen als auch die Zweifel gegenüber der Leistungsfähigkeit von nationaler wie europäischer Politik angestiegen. Aus politikwissenschaftlicher Perspektive wird geschlussfolgert: „Das Scheitern der großen Pläne und Programme der demokratischen Politik ist die neue Normalität“ (Willke 2023, 15). Manche Soziologen gehen noch weiter und sehen eine systemische Finanzkrise in den westlichen Demokratien, die sich in einer kumulativ ansteigenden Verschuldung zeigt und die erforderlichen Maßnahmen zur raschen Bekämpfung der Klimakrise enorm einschränken oder in eine ferne Zukunft verschieben. „Das ist bei der Klimapolitik anders. Zunächst sind deren Fristen länger; allmählich spricht sich herum, dass, wie rigoros auch immer die klimaschützenden Maßnahmen ausfallen werden, kein heute Lebender einen Rückgang der Durchschnittstemperaturen erleben wird; dass Klima und Wetter niemals wieder so sein werden wie, sagen wir, in den Goldenen Siebzigern; und wie sie in Zukunft sein werden, wissen wir nicht. Auf einem so langen Weg zu einem so ungewissen Ziel wird man unvermeidlich mit Ereignissen und Erfahrungen konfrontiert, die Forderungen nach Korrektur der eingesetzten Maßnahmen Legitimität verleihen: unerwartet hohe Kosten oder unvorhergesehene Verteilungseffekte zum Beispiel. Dabei können sich die über die longue durée der Maßnahmen laufend wiederholten Warnungen der ‚Experten‘, es sei jetzt zwei Minuten vor zwölf und es müsse endlich etwas Wirksames getan werden, sehr leicht abnutzen und die Glaubwürdigkeit von

-
- 1 Für Verbraucher:innen stellt der gemeinnützige Verein ‚Bürgerlobby Klimaschutz‘ ein statistisches Berechnungstool zur Ermittlung der CO₂-Abgaben je Haushalt im Internet zur Verfügung (www.co2-preis-rechner.de/).
 - 2 Das Öko-Institut hat verschiedene Varianten einer Auszahlung eines Klimageldes vorgestellt, wobei sämtliche Varianten eine progressive Verteilungswirkung aufweisen, vgl. Klinski (2023).

Prognosen beeinträchtigen, deren Realitätsgehalt sich ohnehin nur in einer sehr weit entfernten Zukunft wird überprüfen lassen“ (Streeck 2024).

Ein verändertes Verbraucherverhalten (bspw. bezüglich des Mobilitätsverhaltens) wäre potenziell ein wirkmächtiger Hebel zum Klimaschutz. Aber eine solche Moralisierung der Märkte scheint gegenwärtig nur begrenzt möglich zu sein, da in der Bevölkerung die ökologischen Bedrohungen nur verspätet wahrgenommen werden oder die Folgen des Klimawandels von nicht wenigen Menschen als Fehlwahrnehmung oder Selbsttäuschung heruntergespielt oder geleugnet werden. So zeigte jüngst eine verhaltenswissenschaftliche Studie, wie die Leugnung der menschengemachten Erderwärmung vielfach zur Identität bestimmter Gruppen gehört (Stoetzer/Zimmermann 2024). Zudem gilt: „Die Natur selbst ist politisch nicht artikulationsfähig“ (Beckert 2023, 563). So dominiert in modernen Gesellschaften eine ausgeprägte funktionale Differenzierung, die zur Abschottung der einzelnen Funktionssysteme geführt hat. Transformationsprozesse werden nur dann realisiert, wenn sie in der jeweiligen System- und Organisationslogik erfolgen (in der Wirtschaft bspw. durch Preise). Dies gilt auch für eine Klimasozialpolitik, die Interdependenzen zwischen eigendynamischen Systemen inszenieren und orchestrieren muss: „Erst wenn die heterogenen Interessen und Logiken dieser Akteure in eine arbeitsfähige Kongruenz gebracht sind, kann gegen die beharrenden Kräfte ein Kipppunkt erreicht werden, der einen Systemwechsel in Gang setzt“ (Willke 2023, 179).

2. Klimawandel als wahrgenommenes Krisenproblem in der Bevölkerung und Reaktionen

Eine Reihe von Befragungen belegt, wie ungerecht die Verteilung von Kosten und Nutzen der bisher schon eingeleiteten energiepolitischen Maßnahmen aufgefasst wird. In einer 2023 publizierten Studie hält knapp die Hälfte der Bevölkerung die Umsetzung der Energiewende für ungerecht (Holzmann/Wolf 2023). Befragungsergebnisse aus dem Dezember 2023 zeigen ebenfalls, dass die Bereitschaft, wegen des Klimawandels Einschränkungen im Lebensstil vorzunehmen, in der Bevölkerung lediglich noch bei einer Mehrheit von 70 % lag, während dieselbe Frage im Mai 2019 noch von 85 % der Befragten zustimmend beantwortet wurde. Dies könnten in der Tat Hinweise auf eine *wachsende Klimamüdigkeit* in der Bevölkerung sein. Dieselbe Studie zeigt zudem, dass die Einsicht in der Bevölkerung, ökologische Kosten sollten in erhöhte Preise einfließen, zwar von keiner Mehrheit getragen wird, jedoch im Dezember 2023 auf immerhin 36 %

Zustimmung angestiegen war, während sie im November 2022 noch bei 30 % lag (Abb. 1).

Abbildung 1: Ansichten zum Klimaschutz³



Quellen: ARD-Deutschland TREND sowie (*) SWR Report Mainz; Feldarbeit: infratest dimap. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland (www.infratest-dimap.de/file/admin/user_upload/DT2312_Report.pdf).

Deshalb kann der Diagnose zugestimmt werden, dass das Klimageld zwar ein wichtiger Baustein für die sozialökologische Transformation ist, aber keineswegs das Allheilmittel. „Trotz der durchschnittlich progressiven Wirkung findet sich für ein pauschales Klimageld in der Bevölkerung keine Mehrheit: 39 % der Menschen stimmen [2022] einer Rückerstattung der CO₂-Bepreisung in gleicher Höhe an alle Bürger:innen zu, 38 % lehnen sie ab. Das pauschale Klimageld wird vermehrt als ungerecht bewertet und seine Entlastungswirkung für einkommensschwache Haushalte angezweifelt. Alternative Verwendungsoptionen der Mittel aus der CO₂-Bepreisung, wie die Förderung klimafreundlicher Investitionen

3 Der Fragebogen lautete: „Zum Klimaschutz gibt es unterschiedliche Ansichten. Geben Sie bitte zu jeder der folgenden Aussagen an, ob Sie diesen eher zustimmen oder eher nicht zustimmen.“

oder ein einkommensabhängiges Klimageld, erhalten teils deutlich mehr Zustimmung“ (Holzmann 2024, 314f.).

Mit Blick auf die gesellschaftlichen Transformationsprozesse erscheint uns eine synergetische Koppelung von Sozial- und Klimapolitik gleichwohl unverzichtbar, um sozial-ökologische Nachhaltigkeit anzustreben und in der Bevölkerung und vor allem auch bei Verbraucher:innen eine breite Akzeptanz für politische Maßnahmen zur CO₂-Reduktion zu schaffen. Derzeit zeigen sich – nach allen vorliegenden Studien (BMUV/UBA 2023) – große Befürchtungen, dass die ökologische Transformation zu einer Verstärkung der sozialen Spaltungen führt, obgleich gerade in einer solchen Phase gesellschaftlicher Zusammenhalt gefragt ist.

Wie bereits ausgeführt, würde ein Pro-Kopf-Betrag eine soziale Umverteilung bewirken, da die Geringverdienenden einen geringeren CO₂-Fußabdruck⁴ aufweisen als Wohlhabende. Eine derartige Klimasozialpolitik könnte gerade vor dem Hintergrund des großen und in den letzten Monaten deutlich gestiegenen Vertrauensverlusts gegenüber der Politik und der Demokratie einen Basiskonsens zur Transformation befördern.

Neben bedarfsorientierten Transferzahlungen an einkommensschwache Haushalte mit vergleichsweise geringen Anreizen zu Energieeinschränkungen werden Vorschläge diskutiert, die mit Formen eines für alle BürgerInnen gleich hohen partiellen Grundeinkommens kompatibel wären, somit als universelle Direktzahlung bürokratiearm ausgezahlt werden könnten. Zudem liegen Vorschläge für ein Klimageld-Stufenmodell vor, das zunächst pro Kopf für alle ausgezahlt würde, ab 2027 sozial gestaffelt und nur für untere und mittlere Einkommen und schließlich nach 2030 bloß noch als Härtefallgeld für vulnerable Gruppen weiterentwickelt werden könnte (Knopf et al. 2024, 34). Ohne solche ergänzenden sozialen Leitplanken drohen nicht nur soziale Fragmentierungen. Vielmehr werden sich in einer ohnehin emotionalisierten politischen Öffentlichkeit auch politische Konfliktzonen ausweiten (der Klimaschutz droht zum Kulturmäßigtheima zu werden). Die Frontbildungen hierzu haben sich in letzter Zeit verstärkt. Eine international vergleichende OECD-Studie von Dechezleprêtre et al. (2022) zu Einstellungen hinsichtlich unterschiedlicher Klimapolitiken kommt zu dem

4 Der CO₂-Fußabdruck gibt an, wie viele Tonnen CO₂-Äquivalente (tCO₂e) eine Person pro Jahr erzeugt. Es ist eine Maßzahl für die Wirkung eines jeden Menschen auf das Klima. Das Umweltbundesamt gibt den durchschnittlichen CO₂-Fußabdruck pro Kopf in Deutschland im Durchschnitt rund 10 (tCO₂e) an. Zur Variation des CO₂-Fußabdrucks gemäß Pro-Kopf-Einkommen (www.umweltbundesamt.de/bild/co2-fussabdruck-pro-person-jahr-nach-einkommen).

Ergebnis, dass die Unterstützung für eine bestimmte Klimapolitik aus einem Set von drei Schlüsselüberzeugungen abhängt, nämlich dass die entsprechende Politik erstens die Emissionen wirksam reduziert (Wirksamkeit), zweitens keine negativen Verteilungseffekte hat, indem sie Haushalte mit geringerem Einkommen benachteiligt (Verteilungsbedenken), und drittens dem Haushalt der Befragten finanziell nicht schadet (Eigeninteresse).

Zusammenfassend ist auf Basis verschiedener Befragungen zu resümieren: Das von etlichen wissenschaftlichen Kommissionen und in diversen Gutachten seit Jahren vorgeschlagene Klimageld als Pro-Kopf-Kompensationsmechanismus für steigende CO₂-Preise genießt in Verbraucherhaushalten – sobald man den klima- wie verteilungspolitischen Wirkmechanismus hinreichend erläutert – einen vergleichsweise hohen Grad an Zustimmung. Dies belegt eine im August 2022 durchgeföhrte repräsentative Umfrage der erwachsenen deutschen Bevölkerung mit Online-Zugang, bei der ermittelt wurde, dass den höchsten Grad an Zustimmung mit 43 % (77 % einschließlich ‚Stimme eher zu‘) das Klimageld als monatliche Pro-Kopf-Erstattung für alle Bürger*innen erzielte (Heinze/Schupp 2024, 452f.; Schupp et al. 2023). Und in einer bereits vor einigen Jahren ermittelten Studie konnte gezeigt werden, dass die Optionen für eine direkte Umverteilung der Einnahmen einer CO₂-Bepreisung als *pauschale Zahlung* gegenüber direkten Zahlungen an die Ärmsten oder die am stärksten Betroffenen bevorzugt würden und die Präferenzen für diese Optionen sowohl von unterschiedlichen Vorstellungen von Fairness als auch von der wirtschaftlichen Lage der Haushalte abhängen (Sommer et al. 2022).

Schließlich hat eine vom RWI vorgelegte repräsentative empirische Studie gezeigt, dass die derzeitigen Kenntnisse der BürgerInnen zur Wirkungsweise und zur Höhe der CO₂-Bepreisung und der für sie daraus dann resultierenden aufzubringenden finanziellen Konsequenzen als unzureichend einzustufen sind (Eßer et al. 2023). Dieses Ergebnis legt die Vermutung nahe, Menschen würden solche Maßnahmen eher akzeptieren, wenn sie wüssten, dass die privaten Kosten als Folge des CO₂-Preises meist viel geringer ausfallen als befürchtet. Eine (partielle) Rückzahlung in Form eines Klimageldes kann demzufolge Transformationsängste abmildern. Die Studie unterstreicht nochmals eindringlich, dass neben der Wissenschaft vor allem die Politik gefordert ist, durch verbesserte Kommunikation wie Transparenz die Wirkungsweise der CO₂-Bepreisung sowie den damit wirksamen Sozialausgleich mit Hilfe eines Klimageldes zu vermitteln.

Ohne eine breit kommunizierte Konkretisierung des Klimageldnarrativs und konkrete Angaben zur Zusammenführung von Steuer-ID und Kontoverbindung bei der Auszahlung wird die Akzeptanz des Klimageldes als sozialer Ausgleich

für die Transformation keine großen Mehrheiten in der Bevölkerung erhalten. Darauf weisen empirische Untersuchungen hin: Im Sommer 2023 waren bei einer Befragung von knapp 4.500 Haushalten nur 46 % für die Zusammenführung, 45 % waren dagegen und 9 % unsicher. Beim konkreten Verweis auf Österreich als realisiertes Vorzeigemodell stieg jedoch die Zustimmung auf 52 %, ist damit aber noch immer kein Selbstläufer (Grimm et al. 2023). Erforderlich werden gerade in multiplen Krisenzeiten mit angestiegenen subjektiven Verunsicherungen und Ängsten ‚Positiverzählungen‘, die den Wandel glaubhaft nicht als Bedrohung erleben lassen, sondern Zukunftsperspektiven aufweisen und zudem das Sicherheitsempfinden anerkennen.

Eine vom ifo-Institut in Kooperation mit dem Nürnberger Institut für Markentscheidungen veröffentlichte – gleichfalls als repräsentativ bezeichnete – Studie von Blesse et al. (2024) machte deutlich, dass in der Bevölkerung auf die Frage, welches die wichtigste klimapolitische Maßnahme (von fünf vorgegebenen) sei, um Klimaneutralität bis 2045 zu erreichen, lediglich 8 % die ‚Bepreisung von CO₂-Emissionen‘ präferierten. Die höchste Zustimmung erhielt mit 28 % die Option ‚Gezielte Subventionierung von klimapolitischen Maßnahmen‘, und ein Viertel der Befragten konnte sich bei dieser Frage nicht festlegen. Als Grund für die in dieser Studie festgestellte Diskrepanz zwischen Experten- und Bevölkerungsmeinung werden von den Autoren, wie auch in der RWI-Studie bestätigt, vor allem ‚Wissenslücken‘ vermutet.

Generell müssen die materiellen Belastungen einer Klimatransformation als sozial gerecht und fair erachtet werden – ansonsten brechen offene Konflikte aus. In der vielbeachteten empirischen Studie zu Konsens und Konflikt in der deutschen Gegenwartsgesellschaft kommen Steffen Mau und Koautoren zu dem Ergebnis: „Klar ist, dass die nachhaltige Mobilisierung eines eigentlich vorhandenen Konsenses für den Klimaschutz nur dann gelingen kann, wenn die Klimawende neben der Sorge um das Ende der Welt auch jener um das Ende des Monats Rechnung trägt; sei es durch Kompensationszahlungen, sei es durch den Ausbau von Sozialeigentum, Beschäftigung und öffentliche Infrastruktur im Zuge ökologischer Investitionsprogramme“ (Mau et al. 2023, 243).

Diese These gilt umso mehr, als das Systemvertrauen in die Politik bzw. Politiker in den letzten Monaten weiter geschrumpft ist. Insbesondere haben sich die regionalen Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland vergrößert. So ist die Bevölkerung in den alten Bundesländern gemäß einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung gut zur Hälfte (52 %), in den neuen Bundesländern nur noch zu einem Drittel mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden (Best et al. 2023, 17). Die kürzlich angekündigten Sparmaßnahmen drohen die ohnehin in

der Bevölkerung vorhandenen Sorgen und Ängste zu verstärken und verschärfen ebenso die subjektiv wahrgenommenen Zielkonflikte zwischen Klimaschutz und sozialem Zusammenhalt, was auch in der letzten Umweltbewusstseins-Studie festgestellt wurde (BMUV/UBA 2023). Deshalb sind Klima- und Sozialpolitik stärker zu verknüpfen, um sowohl kurzfristig die Akzeptanz für die Regierungspolitik zu erhöhen, als auch den mittelfristigen Transformationspfad abzusichern, der ab 2027 – so die bisherige Planung – künftig in einen europäischen Handelsmarkt für Emissionszertifikate eingebunden wird.

Die Dynamik um das Narrativ eines Klimageldes wird also anhalten. Ein Klimageld ist nicht allein eine Ergänzung zu einer CO₂-Bepreisung, sondern kann als dessen gesellschaftliche Voraussetzung angesehen werden. Budolfson et al (2021) haben gar mit Hilfe einer Simulationsstudie gezeigt, dass eine Pro-Kopf-Rückgabe erhöhter Energie- und CO₂-Preise die Erderwärmung eher abzubremsen vermag als alternative Erstattungen steigender Energiepreise. Mit dieser Logik käme neben den sozial- und verteilungspolitischen Aspekten eines Klimageldes noch ein sehr starkes klimapolitisches Argument hoher Effektivität hinzu.

Notwendiger Teil einer verbesserten Kommunikationsstrategie wäre zudem der Hinweis, dass die EEG-Umlage auch künftig aus dem KTF finanziert wird (Kellner et al. 2022) und deshalb für alle Stromkund:innen die steigende CO₂-Bepreisung durch Einsparungen in Höhe von fast 11 Milliarden Euro pro Jahr vielfach kompensiert wird, indem eine solche dem Äquivalenzprinzip folgende Kompensation klimapolitisch weit weniger effektiv wie auch weniger effizient wäre als eine beim Klimageld vorgesehene Pro-Kopf-Kompensation, da Verbrauchergruppen mit hohem Stromverbrauch stärker entlastet werden als Personen mit geringen oder mittlerem Verbrauch.

Bei einer bereits im Jahr 2019 erfolgten Befragung von Johannes Blum (2019) wurde einerseits eine hohe Zustimmung zur CO₂-Bepreisung als wichtigster Ansatz zur Erreichung der Klimaziele Deutschlands ermittelt, andererseits fand die Option zur Verwendung einer Pro-Kopf-Erstattung den höchsten Zuspruch. Es sei daran erinnert, dass seinerzeit von einer interdisziplinär zusammengesetzten wissenschaftlichen Expertengruppe – also schon lange vor der jüngsten Zuspritzung der Energiekrise – eine zügigere und konsequente Umsetzungsstrategie von der Politik angemahnt wurde, um den „immer teureren und immer weniger sozial-ausgewogenen ‚Business as usual‘-Pfad zu verlassen und auf den Pfad einer nachhaltigen Entwicklung zu gelangen“ (Leopoldina 2019, 7). Einseitige Fixierungen auf eine reine Ökonomisierung und Bepreisung des Kohlendioxidausstoßes seien deshalb zugunsten einer Verknüpfung von Klima- und Sozialpolitik zu überwinden. „Die Einnahmen aus dem CO₂ Preis müssen transparent reinvestiert

werden: in den sozialen Ausgleich in Form einer ‚Klimadividende‘, in die relative Absenkung des Strompreises, in Klimaschutz und Anpassungen im Bereich von Infrastrukturen sowie in Allgemeingüter“ (ebd., 9).

Zu begrüßen ist, dass die Zahl der empirischen Studien zu vermuteten Verteilungswirkungen wie auch zur Effizienz klimapolitisch notwendiger Reduktionen von CO₂-Ausstoß in Folge steigenden CO₂-Bepreisung zugenommen hat. Beispielhaft genannt seien an dieser Stelle neben der eingangs zitierten Studie des Öko-Instituts insbesondere die DIW-Studie zur Belastung armer Haushalte in Folge gestiegener Energiepreise inklusive der Verteilungswirkungen eines Klimageldes, der Hans-Böckler-Stiftung zu Verteilungswirkungen der CO₂-Bepreisung, die Berechnung langfristiger (bis 2045) sowie relativer Nettobelastungen durch die Bepreisung von CO₂ im Gebäudesektor durch das Mercator Forschungsinstitut (MCC) wie auch die Präsentation zentraler Finanzierungsinstrumente der Klimapolitik durch das gleiche MCC-Institut (Klinski 2023; Endres 2023; Kellner et al. 2023).⁵ Neue Erkenntnisse zu Verteilungswirkungen sowie Fragen klimapolitischer Effizienz liefert eine im Januar 2024 vorgelegte Studie der Ökonomen Moritz Kuhn und Lennard Schlattmann, die mit Hilfe eines quantitativen Lebenszyklusmodells mit heterogenen Anpassungsraten hin zu kohlenstoffneutralen langlebigen Konsumgüter nach Einkommensgruppen präsentierten (Kuhn/Schlattmann 2024). Gemäß ihren Modellrechnungen plädieren die Ökonomen für eine direkte Förderung und finanzielle Anreize, die wirksamer seien als indirekt wirksame Preissignale mittels CO₂-Bepreisung. Ein ähnlicher Vorschlag, wie man die Mehreinnahmen aus der CO₂-Bepreisung verwenden sollte, sah vor, dass die Einnahmen der CO₂-Bepreisung zwar an die Bürger auszuschütten seien, diese Kompensation jedoch zielgerichteter vorzunehmen sei, da eine Pro-Kopf-Auszahlung die besondere Belastung auf Haushalte in einer CO₂-intensiven Wohnsituation, etwa schlecht gedämmte Wohnräumen und auf Pendler, verlagern würde (Bachmann/Bayer 2023). Es gibt jedoch auch Ökonomen, die ihre frühere Sympathie für ein pauschales Klimageld zur Vermeidung sozialer Spannungen durch den Klimaschutz mittlerweile relativieren. Als Hauptargument wird angeführt, dass die pauschale Auszahlung eines Klimageldes eine vermeintlich negative Wirkung auf die Arbeitsanreize entfalten könnte, da das Klimageld die Erstattung der CO₂-Bepreisung mit Umverteilungsanliegen vermenge, die man lieber mit anderen bestehenden Instrumenten verfolgen sollte (wie einer bedarfsgeprüften Sozialpolitik) (Fuest/Sachs 2024). Hinzuweisen ist zudem auf empirische Hinweise,

5 Vgl. www.mcc-berlin.net/fileadmin/data/C18_MCC_Publications/2023_MCC_Systematische_Verteilungsanalyse_zur_Waermewende.pdf.

dass sich die Zustimmung zur CO₂-Bepreisung verändert habe, nicht zuletzt aufgrund der von der Politik nicht eingehaltenen Versprechen einer Rückerstattung an die Bevölkerung. So zeigen Ergebnisse einer Drei-Länder-Online-Befragung auf Basis eines Access-Panels in Frankreich, Deutschland und Spanien, dass eine Verwendung der eingenommenen Mittel für Investitionen in den Klimaschutz deutlich beliebter sei als eine Pro-Kopf-Rückerstattung (Funke et al. 2024). Da Inflation und höhere Zinssätze die Zugangsbarrieren vieler privater Haushalte zu kapitalintensiven umweltfreundlichen Alternativen verschärft haben, werben ehemals ein Klimageld fordernde Forscher nunmehr ‚dringend‘ für vergünstigte Kredite für Haushalte mit niedrigem Einkommen, um ihnen zu ermöglichen, auf klimafreundliche Alternativen umzusteigen – und so den steigenden CO₂-Preisen zu entkommen.

Als Fazit kristallisiert sich im Frühsommer 2024 heraus, dass das von allen drei Ampelparteien in ihren Wahlprogrammen und anschließend im Koalitionsvertrag den Bürgern eigentlich versprochene Thema Klimageld weiterhin strittig ist und eine ‚Zitterpartie‘ bleibt. Denn die derzeitige Lage ist auch dadurch gekennzeichnet, dass aus potenziellen Konfliktzonen plötzlich manifeste Unruheherde werden können. Dies zeigte sich Anfang 2024 bei den Bauernprotesten, die über die Berufsgruppen hinausgingen und in der Bevölkerung eine relativ hohe Akzeptanz erzielten. Die Menschen sind nicht erst seit Beginn des Ukrainekriegs, der dadurch bewirkten Energiekrise, wachsender Migrationsprobleme und dem Gezerre um das Heizungsgesetz gefühlsmäßig in einem Zustand der Gereiztheit bis hin zu einer offenen Unzufriedenheit, die sich bei einzelnen Gruppen auch in Wut und Demonstrationen niederschlägt. Wenn die Verunsicherungen länger anhalten, erhöht sich die Unzufriedenheit weiter und führen zu politischen Protesten und sogar Wählerfolgen populistischer Parteien, was sich in benachbarten Ländern schon massiv zeigt. Die nur mit internem Streit am Ende erzielte Einigung im Haushaltsausschuss für den Bundeshaushalt 2024, der Ausblick auf den noch zu verabschiedenden Haushalt 2025 sowie die debattierten Sparmaßnahmen im Sozialbereich verfehlten mit Blick auf das Klimageld nicht nur ein Koalitionsversprechen, sondern drohen Ungleichheitskonflikte zu verschärfen.

3. Klimasozialpolitik als Baustein zur Eindämmung sozialer Problemlagen und Transformationstreiber

Der Einstieg in ein Klimageld als unterstützende Sozialpolitik könnte die skizzierten sozialen Ungleichheiten beim Klimaschutz ein Stück weit korrigieren

und als die notwendige andere Seite der Medaille einer effektiven und zukunfts-fähigen Klimapolitik charakterisiert werden. In soziologischen Debatten um die ‚Große Transformation‘ wird von einigen Autoren darüber hinaus das garantierte Grundeinkommen als ein diskussionswürdiger sozialpolitischer Vorschlag für die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung angesehen, auch weil es die Angst vor dynamischen Umbruchprozessen reduziert und eine Grundversorgung bei immer stärker zersplitterten Beschäftigungsverhältnissen garantiert. Interessanterweise plädiert auch der derzeitige Programmdirektor des Club of Rome Tim Kellerhoff, zugleich Koordinator der internationalen Initiative ‚Earth-4All‘, die den Systemwandel hin zu einer gerechteren Zukunft auf einem begrenzten Planeten beschleunigen soll, für eine sogenannte Grunddividende, die ein partielles Grundeinkommen darstellt: „Die Grunddividende sollte vielmehr ein bescheidenes zusätzliches Einkommen sein, das dazu beiträgt, die Kosten der Umweltzerstörung ihren Verursachern zuzuordnen. Sie wäre insofern ein guter Schritt in Richtung gleichberechtigter Teilhabe – und sie würde zu einer höheren Akzeptanz politischer Transformationsmaßnahmen beitragen, da die Menschen unmittelbar von ihr profitieren würden“ (Randers/Kellerhoff 2024, 103).

Die Anlässe, Individuen zu stärken und ihnen Widerstandsfähigkeit zu vermitteln, sind durch die Kumulation von Krisen und die damit einhergehenden Verlusterfahrungen größer geworden. Abstrakte Diskurse über ein Ende der Wachstumsgesellschaft und den seit Ende des Zweiten Weltkrieges unaufhaltsam steigenden Wohlstand, die in der Soziologie bereits Anfang der 1980er Jahre geführt wurden, werden durch die Realität bestätigt. Dennoch bedeutet dies nicht, dass nun alle sozialen Gruppen von Abstiegsprozessen bedroht sind. Es ist sogar zweifelhaft, ob das oft thematisierte Phänomen der sozialen Polarisierung so zutrifft (Mau et al. 2023). Aufgrund des traditionellen Selbstbildes einer immer wohlhabenderen Aufstiegsgesellschaft führen aber die sich verbreitenden Statusverluste und Verunsicherungserfahrungen zu Identitätskrisen bei einer wachsenden Zahl von Individuen, zumal ein wissenschaftlich fundierter Interpretationsrahmen sowohl für die Erosion des vielbeachteten ‚Modell Deutschland‘ als auch für den erforderlichen Politikwechsel – wenigstens in den gängigen Kommunikationsmedien – kaum angeboten wird bzw. viele Bevölkerungsgruppen nicht erreicht.

Angesichts der Kumulation von multiplen Krisen breiten sich derzeit Ängste weiter aus, und durch die enormen Verteuerungen fossiler Energie kommt es zu einer wachsenden sozialen Verunsicherung auch in der gesellschaftlichen Mitte der Verbraucherhaushalte. Eine Option, dieser sozialen Unsicherheit entgegenzuwirken, wären universelle Sicherungssysteme, zu denen auch eine bezahlbare

Pflichtversicherung für Elementarschäden gehören, die von Reimund Schwarze und Gert G. Wagner (2005) bereits vor rund zwanzig Jahren gefordert wurde. Der Zusammenhang von Verbraucher-, Energie-, Klima- wie auch Sozialpolitik ist nun kein akademisches Puzzlespiel mehr, sondern in der Lebenswelt unerwartet und relativ unvermittelt angekommen. Dass dieser externe Schock so tiefgehende Auswirkungen hat, liegt auch an der tendenziellen Unfähigkeit der deutschen Politik und Verwaltung, Reformen aktiv umzusetzen. Aber nicht nur in Deutschland kann die Klimaschutzpolitik als gescheitert angesehen werden; die Problemverdrängung des Klimawandels und die Politik des Unterlassens sind ein globales Phänomen. „Uncertainty about which emissions reduction strategies work best has impeded more robust action; prudent negotiators have delayed making commitments and agreed only to treaties that continue business as usual by a more palatable name. All the while, emissions have risen by nearly two-thirds since 1990, and they keep climbing—except for the temporary drop when the global economy imploded under the corona-virus pandemic“ (Sabel/Victor 2022, 1).

Die zunehmende Zerstörung der Ökosysteme wurde allerdings nicht nur in der Politik ausgeblendet, sondern ebenso in der Bevölkerung nur zeitverzögert wahrgenommen. Die Sensorik reagiert erst dann adäquat, wenn große Belastungen subjektiv spürbar sind. Zudem dominieren weiterhin die Eigendynamiken der Teilsysteme und verhindern eine gesamt systemische Steuerung, obwohl diese gerade aktuell erforderlich wäre. Die bisherigen politischen Krisenbewältigungsstrategien setzten einerseits zivilgesellschaftliche Solidaritätsressourcen frei (z.B. bei der Corona-Krise), andererseits bewirkten Erfahrungen einer „unerwiderten Solidarität“ (Deutscher Ethikrat 2022, 4) vielfach Vertrauensverluste gegenüber der Regierungspolitik. Die ohnehin vorhandenen institutionellen Erschöpfungen lassen deshalb die Zweifel gegenüber der Leistungsfähigkeit von Politik ansteigen.

Bislang konnten das Misstrauen der ‚Wutbürger‘ und die Zuspitzung politischer Konflikte nicht aufgehalten werden, eher droht die Gefahr einer Entschleunigung der Transformation. Allerdings kann „die Wende zum Weniger mehrheitsfähig sein, wenn der Rettung eine Richtung gegeben“ (Korte 2023) und mit einer universellen Sicherung verbunden wird. Erforderlich ist dafür ein integratives Politikmanagement, das auf Aufklärung und breite Koalitionen zielt, auch um die institutionalisierten status-quo-orientierten Interessen eindämmen zu können. Eine verständliche Kommunikation der Umbauprozesse sowie deren Tempo ist von elementarer Bedeutung. „Transformation kann gelingen, wenn Menschen sehen, dass sie Veränderungen nicht nur erdulden, möglicherweise sogar erleiden müssen, sondern mitgestalten können“ (Mau 2023). Die ungleichen

finanziellen Belastungen beim Politikwechsel zu nachhaltigen Heizungssystemen führten 2023 zu massiven Akzeptanzverlusten bei der Formulierung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG). Nur noch knapp die Hälfte der Haushalte befürwortet nach repräsentativen Erhebungen die Heizungsreform (Grimm/Groß 2023). Die Konflikte liegen u.a. darin begründet, dass noch rund 75 % des Gebäudebestands in Deutschland fossil beheizt wird, also eine große Mehrheit betroffen ist. Hinzu kommen die in allen Bevölkerungsgruppen angewachsenen Sorgen um den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft und das stark geschrumpfte Vertrauen in die Politik. Insbesondere haben sich die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland vergrößert (Best et al. 2023). Im Osten sind viele Menschen veränderungsschöpft, manche sogar veränderungsavers.

Wie ein nachhaltiges Klimapaket für Deutschland ausgestaltet wird und ob eine deutliche Absenkung der CO₂-Emissionen bis 2030 zustande kommt, ist derzeit angesichts multipler Krisen schwer abzuschätzen. Aber eine Konsequenz scheint unbestreitbar zu sein: dass nämlich die veranschlagte CO₂-Verbrauchssteuerung deutlich angehoben werden muss, um auf mittel- und langfristige Sicht auch substanzielle Verhaltensänderungen in Richtung einer CO₂-Verbrauchsminderung und somit den avisierten Zielpfad im Klimaschutzgesetz erreichen zu können. Verhaltensänderung impliziert jedoch ein grundlegend verändertes Konsumverhalten sowohl bei Individuen, Institutionen als auch wirtschaftlichen Wertschöpfungsketten (Lepenies 2022). „Der wichtigste Hintergrund für diesen Verzicht ist der Klimawandel. Spätestens mit der Fridays-for-Future-Bewegung und der lebensweltlichen Präsenz von Hitzewellen, Dürren, Überschwemmungen und Naturkatastrophen sind die Erderwärmung und ihre Auswirkungen ins gesellschaftliche Bewusstsein getreten. Aber beim Verzicht in der Spätmoderne geht es um etwas anderes: darum, bestimmte Lebensoptionen nicht temporär, sondern auf Dauer aufzugeben. Der Traum von ‚Überfluss und Freiheit‘ scheint zu platzen“ (Reckwitz 2022, 80). Da weitreichende individuelle Verhaltensveränderungen in der Politik bislang nicht thematisiert werden, sondern eher auf Beruhigung und prinzipielle Steuerungsfähigkeit der Energie- und Klimakrise gesetzt wird, dürfte Konsumverzicht zu weiteren subjektiven Verunsicherungen und Wut gegen die jeweils Regierenden führen.

Während freiwilliger Verzicht vielfach als subjektive Bereicherung des Lebensstils erfahren wird, führt ein politisch verordneter unfreiwilliger Verzicht (etwa im Feld des Verkehrs oder bei der Ernährung) zu Frustrationen sowie empfundenen Freiheitsverlusten und kann bei ungleicher Verteilung neue Gerechtigkeitsdiskurse auslösen. Verhaltensökonomische Studien konnten belegen, dass Verluste psychologisch etwa ein doppelt so stark subjektives Wertverlustempfin-

den anregen können wie ein Gewinn in gleicher Größenordnung. Menschen neigen deshalb auch zu einer *Verlustaversion*, was zudem zur Folge hat, dass dies mit einer verzerrten Wahrnehmung von Verlustrisiken einhergeht (Kahneman et al. 1991). Verluste können im politischen System Unruhe erzeugen. Denn die Verbraucherhaushalte in Deutschland zeichnet ein starkes Sicherheitsempfinden sowie eine vergleichsweise hohe Verlustaversion aus. Inzwischen ist der Vertrauensverlust für die Regierung so groß, dass hierüber keine nachhaltigen Sicherheiten mehr zu gewinnen sind, wenngleich die institutionelle Robustheit des deutschen Systems sozialer Sicherung nicht zu unterschätzen ist. Dazu passt auch eine in Deutschland über die Jahrzehnte ausgereifte ‚Entschädigungsmentalität‘, die vom Staat erwartet, bei auftretenden Risiken wie der Finanz-, Corona- oder Energiekrise von ihm betreut und entschädigt zu werden. Auch wenn die Regierungspolitik und konkret der Kanzler suggeriert, diese Betreuungsaufgaben erfüllen zu können, stößt der Staat an seine finanziellen Grenzen. Zudem hat er durch die Entlastungsmaßnahmen die soziale Ungleichverteilung von Einkommen nicht abzumildern vermocht, sondern durch die multiplen Krisen haben sich die Abstiegsängste ausgeweitet und schlagen sich wie bei der Wahl zum Europaparlament 2024 im Wahlverhalten für rechtspopulistische Parteien auch in Deutschland nieder.

Unseres Erachtens lassen sich Argumente für die These einer fortschreitenden, sich stufenartig aufbauenden universalistischeren sozialen Sicherung stark machen, wohl wissend, wie schwierig Politikwechsel gerade im ‚stählernen Gehäuse‘ einer pfadabhängigen und stark institutionalisierten Sozialpolitik und deren Verwaltung sind. Tiefergehende Sozialstaatsreformen sind in Deutschland selten, zumeist heftig umstritten und zudem vom Bundesverfassungsgericht begrenzt. Der schrittweise sich dennoch vollziehende, stille Wandel hin zu garantistischen Lösungen wird von den Akteuren im deutschen Sozialversicherungsstaat mit seiner Vielzahl von Institutionen und paritätisch besetzten Gremien und Verwaltungseinheiten bislang gern übersehen, wohl auch um die konkreten Organisationsinteressen nicht anzutasten oder zumindest in Frage stellen zu müssen. Nicht umsonst haben sich in vielen Grundzügen im deutschen Sozialstaat wesentliche Elemente einer Bürokratisierung und Fragmentierung bis heute erhalten und werden durch das Beharrungsvermögen der Akteure gefördert.

4. Stolpersteine für eine nachhaltige Klimasozialpolitik

Schon vor der Corona-Pandemie wurde vermehrt auf die Herausforderungen einer fragmentierten Gesellschaft mit wachsenden sozialen Polarisierungen und ökologischen Gefährdungen hingewiesen, die mittelfristig nicht über die etablierten Institutionen wohlfahrtsstaatlicher Sicherung gelöst werden können. Über ein Grundeinkommen könnten die sozialen Ungleichheiten zwar nicht beseitigt, aber zumindest dahingehend gemildert werden, dass ein – und sei es auch nur partielles – Sicherheitsnetz sowohl für derzeit in verdeckter Armut lebende Menschen als auch für Teile der Mittelschicht, die von Abstiegsängsten verunsichert sind, geknüpft wird. So sind die Unwägbarkeiten der vielfältigen Transformationen (von der Digitalisierung, dem demografischen und sozioökonomischen Wandel bis zur Energiewende) besser zu bewältigen (Heinze/Schupp 2022, 219ff.). Dass die in den letzten Jahren aufgetretenen Risiken und Unsicherheiten zurückgehen werden, kann gleichwohl ernsthaft bezweifelt werden.

Da der Dekarbonisierungsprozess zur Verstärkung realer und insbesondere gefühlter Abstiegsprozesse beigetragen hat, sind vor allem auch die Verbraucher:innen verunsichert. Vor diesem Hintergrund sind sowohl soziale Leitplanken erforderlich, um den Sicherheitsempfindungen vieler Konsument:innen nachzukommen, als auch nachhaltige Narrative im Sinne von Positiverzählungen in der Öffentlichkeit zu platzieren. Diese Einsicht ist allerdings bei der Ampelkoalition nur begrenzt angekommen. Parteiengezanke dominiert die politische Szenerie seit Mitte 2023. Der erste Schritt für eine Wende bestünde darin, die Herausforderungen anzuerkennen und nicht länger zu kommunizieren, ‚Weiter-So‘ wäre zukunftsähnig. Zum zweiten muss Verbraucher:innen vermittelt werden, dass die ökologische Transformation fair zugeht und sie diese mitgestalten können. „Was bei vielen dieser Reformen bislang gefehlt hat, ist moralische Plausibilität. In dem Sinne, dass Bürger den Eindruck haben, es geht bei der Reform fair und gerecht zu, die Lasten sind einigermaßen gleich verteilt“ (Mau 2023). Diese Sichtweise wird auch in einer Ende 2023 durchgeföhrten Umfrage deutlich, die mit Blick auf die CO₂-Bepreisung eine Zurückhaltung in der Bevölkerung aufzeigt, wenn die Verwendung nicht angegeben wird. Größer ist die Zustimmung bei Angaben von Verwendungszwecken wie (Klimageld ‚für alle‘ oder ‚nur für Arme‘ und insbesondere bei ‚Klimageld außer für Reiche‘) (Fehrler et al. 2024).

Wenn diese Akzeptanzmuster berücksichtigt würden, könnten sich leichter sowohl bei den Verbraucher:innen als auch bei Produzent:innen Anreizstrukturen verändern. Die wachsende Gewissheit um die Gefahren des Klimawandels in Form immer häufiger auftretender Hitze- oder Dürreperioden oder von Starkre-

gen-Wetterlagen ist bei vielen Menschen inzwischen vorhanden. Aber es fehlt an Impulsen zu grundlegenden Veränderungen, die in einer über Jahrzehnte erfolgreichen Gesellschaftsformation scheinbar nur begrenzt vorhanden sind. „Wir sind veränderungsfähig, aber mehrheitlich nicht veränderungsbereit. Die Prävention, die Antizipation, das Vorwegnehmen auf mögliche kommende Herausforderungen ist nicht unsere Stärke. Wir arbeiten gern ab, was auf uns zukommt.“ (Korte 2024, 196) Diese Aussage gilt nicht nur für die Bürger:innen in ihrem Konsum- wie Mobilitätsverhalten, sondern vielleicht noch stärker für politische Parteien und Interessenverbände, die sich schwertun mit der Realisierung einer nachhaltigen Gestaltungsstrategie.

Literatur

- Bachmann, R. & C. Bayer (2023). Respekt vor unterschiedlichen Ausgangsbedingungen: Horizontale Fairness in die CO₂-Bepreisung bringen. *ECONtribute Policy Brief* No. 054.
- Beckert, J. (2023). Dilemmata des globalen Kapitalismus in der Klimakrise. In S. Smail Rapic (Hrsg.): *Wege aus dem Kapitalismus?* Baden-Baden: Nomos, 558–567.
- Beckert, J. (2024). *Verkaufte Zukunft. Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht.* Berlin: Suhrkamp.
- Best, V., F. Decker, Fischer & A. Küppers (2023). *Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?* Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Blesse, S., H. Dietrich, S. Necker & M.K. Zürn (2024). Wollen die Deutschen beim Klimaschutz Vorreiter sein und wenn ja, wie? *Ifo Schnelldienst*, 77(1), 39–43.
- Blum, J., R.d. Britto Schiller, A. Löschen, J. Pfeiffer, K. Pittel, N. Potraske & A. Schmitt (2019). Zur Bepreisung von CO₂-Emissionen – Ergebnisse aus dem Ökonomenpanel. *Ifo Schnelldienst*, 72(16), 60–65.
- Bohnenberger, K. (2022). *Klimasozialpolitik Ein Forschungsstandbericht zur Verbindung von Klimapolitik und Sozialpolitik.* DIFIS Studie 2022/3. Bremen: DIFIS.
- Budolfson, M., et al., 2021: Climate action with revenue recycling has benefits for poverty, inequality and well-being. *Nature Climate Change*, 11(12), III1–III6.
- BMUV/UBA (2023). *Umweltbewusstsein in Deutschland 2022. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage.* Dessau-Roßlau: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz & Umweltbundesamt.
- Chancel, L., P. Bothe & T. Voituriez (2023). *Climate Inequality Report 2023.* World Inequality Lab Study 2023/1.
- Diekmann, A. (2024). *Klimakrise. Wege aus dem Dilemma.* Baden-Baden: Nomos.
- Dechezleprêtre, A., A. Fabre, T. Kruse, B. Planterose, A.S. Cico & S. Stancheva (2022). *Fighting climate change: International attitudes toward climate policies.* OECD Economics Department Working Papers, No. 1714. Paris: OECD.

- Deutscher Ethikrat (2022). *Pandemie und psychische Gesundheit. Aufmerksamkeit, Beistand und Unterstützung für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in und nach gesellschaftlichen Krisen*. Ad-Hoc-Empfehlung. Berlin: Deutscher Ethikrat.
- Döbbeling-Hildebrandt, N. et al. (2024). Systematic review and meta-analysis of ex-post evaluations on the effectiveness of carbon pricing. *Nature Communications*, 15, 41–47.
- Dörre, K. (2023). Grün als Bedrohung: Warum die Klimapolitik die Arbeiter verliert. *Blätter der deutschen und internationalen Politik* (6), 43–52.
- Edenhofer, O., C. Flachsland, M. Kalkuhl, B. Knopf & M. Pahle (2019). *Optionen für eine CO₂-Preisreform*. Wiesbaden: Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Potsdam: MCC.
- Endres, L. (2023). Verteilungswirkungen der CO₂-Bepreisung in den Sektoren Verkehr und Wärme mit Pro-Kopf-Klimageld. Ergebnisse einer Analyse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. *IMK Policy Brief* Nr. 161.
- Eßer, J., M. Frondel, Sommer & J. Wittmann (2023). *CO₂-Bepreisung in Deutschland: Kenntnisstand privater Haushalte im Jahr 2022*. RWI Materialien Heft 15. Essen: RWI.
- Fehrler, S., O. Nikolaychuk, M. Tepe & S. Hemesath (2024). *CO₂-Steuer in allen Wählergruppen am populärsten in Kombination mit Klimageld (aber nicht für alle)*. DIFIS-Impuls 2024/2, 1–4. Bremen: DIFIS.
- Fuest, C. & D. Sachs (2024). ifo Standpunkt 257: Das Klimageld ist nicht das richtige Instrument. Ifo Stellungnahme vom 18. Januar 2024.
- Funke, F., L. Mattauch, T. Douenne, A. Fabre & J.E. Stiglitz (2024). Supporting carbon pricing when interest rates are higher. *Nature Climate Change*, 14, 665–667.
- Grimm, V., C. Groß & L. Specht-Rimenschneider (2023). Wie das Klimageld doch noch kommen kann. *Süddeutsche Zeitung* vom 19. Dezember 2023.
- Grimm, V. & C. Groß (2023). Die Heizungsreform spaltet die Gesellschaft. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22. Mai 2023, 17.
- Heinze, R. G. & J. Schupp (2022). *Grundeinkommen – Von der Vision zur schleichen sozialstaatlichen Transformation*. Wiesbaden: Springer VS.
- Heinze, R. G. & J. Schupp (2024). Klimasozialpolitik als Pfeiler der Nachhaltigkeitswende. *Sozialer Fortschritt* 73(6/7), 443–460.
- Holzmann, S. (2024). Klimageld: wichtig aber kein Allheilmittel. *Wirtschaftsdienst* 104(5), 314–317.
- Holzmann, S. & I. Wolf (2023). *Klimapolitik und soziale Gerechtigkeit. Wie die deutsche Bevölkerung Zielkonflikte in der Transformation wahrnimmt*. Studie der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Kellner, M., C. Roolfs, K. Rütten, T. Bergmann, J. Hirsch, L. Haywood, B. Konopka & M. Kalkuhl (2022). *Entlastung der Haushalte von der CO₂-Bepreisung: Klimageld vs. Absenkung der EEG-Umlage*. Potsdam: Kopernikus-Projekt Ariadne.
- Kellner, M., K. Rütten, M. Callaghan, N. Kögel, M. Kalkuhl, B. Knopf & O. Edenhofer (2023). *Systematische Verteilungsanalyse zur Wärmewende: Welche Haushalte tragen die Kosten und wie kann die Entlastung aussehen?* Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC). Berlin: MCC.
- Leopoldina (Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina) (2019). *Klimaziele 2030. Wege zu einer nachhaltigen Reduktion der CO₂-Emissionen*. Halle: Leopoldina.

- Lepenes, P. (2022). *Verbot und Verzicht. Politik aus dem Geiste des Unterlassens*. Berlin: Suhrkamp.
- Kahneman, D. (1991). Anomalies: The Endowment Effect, Loss Aversion, and Status Quo Bias. *Journal of Economic Perspectives*, 5(1), 193–206.
- Klinski, S. (2023). *Fachliche Unterstützung Klimapolitik: Verfassungsrechtliche Grundfragen und sozio-ökonomische Auswirkungen eines „Klimageldes“*. Öko-Institut e.V. Germany (policycommon.s.net/artifacts/4819643/fachliche-unterstutzung-klimapolitik/5656199/, CID: 20.500.12592/7z-knmm).
- Knopf, B., I. Verspohl, A. Schaffer & M.L. Zeller (2024). *Eine sozial gerechte und klimaneutrale Zukunft sichern. 11 Thesen für eine Klimasozialpolitik*. Berlin: Zukunft KlimaSozial.
- Korte, K.-R. (2023). Flucht vor dem Frust. Interview. *Die Zeit* vom 7.6.2023, 2.
- Korte, K.-R. (2024). *Wählermärkte. Wahlverhalten und Regierungspolitik in der Berliner Republik*. Frankfurt/New York: Campus.
- Kuhn, M. & L. Schlattmann (2024). *Distributional Consequences of Climate Policies*. CERP (cepr.org/publications/dp18893).
- Mau, S. (2023). „Teile der Gesellschaft sind veränderungser schöpft“. Interview von Tim Frehler mit Steffen Mau. *Süddeutsche Zeitung* vom 2.9.2023, 6.
- Mau, S., T. Lux & L. Westheuser (2023). *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- Neckel, S. (2021). Keine Einstellungsfrage – Infrastrukturen als kollektive Bedingungen nachhaltigen Lebens. *agora* 42(3), 14–18.
- Randers, J. & T. Kellerhoff (2024). *Tax the rich. Warum die Reichen zahlen müssen, wenn wir die Welt retten wollen*. München: Oekom.
- Reckwitz, A. (2022). Eine Zukunft ohne Fortschritt. *Der SPIEGEL*, Nr. 38 vom 17.9.2022, 78–81.
- Rosanvallon, P. (2022). *Die Prüfungen des Lebens*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Schachtschneider, U. (2014). *Freiheit, Gleichheit, Gelassenheit. Mit einem Ökologischen Grundeinkommen aus der Wachstumsfalle*. München: oekonom.
- Schupp, J., R.G. Heinze & N.A. Siegel (2022). Hohe Zustimmung für Klimageld – vor allem bei Personen mit großen Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation. *DIW Aktuell*, 85.
- Stiftung Klimaneutralität (2024). *Klimawende: Welche Bevölkerungsgruppen sich die Anpassung nicht leisten können*. Table Briefings (table.media/esg/news/klimawende-welche-bevoelkerungsgruppen-sich-die-anpassung-nicht-leisten-koennen/).
- Stoetzer, L.S. & F. Zimmermann (2024). A representative survey experiment of motivated climate change denial. *nature climate change*, 14(2), 198–204.
- Streeck, W. (2024). Dieser Weg wird kein leichter sein. Kommentar zu „Verkaufte Zukunft. Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht“ von Jens Beckert. *Soziopolis* (www.soziopolis.de/dieser-weg-wird-kein-leichter-sein.html).
- Schwarze, R. & G. Wagner (2005). *Versicherungspflicht gegen Elementarschäden: Ein Lehrstück für Probleme der volkswirtschaftlichen Politikberatung*. Diskussionspapier, No. 2005/4. Berlin: Technische Universität Berlin, Fakultät Wirtschaft und Management.
- Vogel, B. (2023). Klimapolitik geht nur sozial! *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 9, 17–20.
- Willke, H. (2023). *Klimakrise und Gesellschaftstheorie*. Frankfurt/New York: Campus.